



ERGEBNISSE DER ELSA-STUDIE

Neue Studie zur Erfahrung und
Lebenslage ungewollt Schwangerer



01



Am 10. April wurden die Ergebnisse der Studie zur Erfahrung und Lebenslage ungewollt Schwangerer (kurz: ELSA) vorgestellt. Das vom Bundesministerium für Gesundheit geförderte Forschungsprojekt wurde als Verbundprojekt von sechs Universitäten und Hochschulen durchgeführt und steht nach 3,5 Jahren kurz vor seinem Abschluss.



02



Ziel der Studie war es Erkenntnisse über die sozialen und gesundheitlichen Belastungen von Frauen, die ungewollt schwanger sind und diese Schwangerschaft austragen oder abbrechen, zu gewinnen sowie zu ergründen, wie die Unterstützung und Versorgung die sie erfahren die Verarbeitungsprozesse befördern oder erschweren. Bei der ELSA-Studie handelt es sich um die erste Studie, die sich umfassend mit der Versorgungslage ungewollt Schwangerer in Deutschland befasst.



03

Die Ergebnisse bestätigen, was schon lange bekannt ist: in bestimmten Regionen Deutschlands sehen sich Schwangere großen Hürden gegenüber, wenn sie eine Schwangerschaft beenden wollen. Die Studie zeigt, dass vor allem Schwangere in Bayern unter Regierung der CSU einen erschwerten Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung bei einem Schwangerschaftsabbruch haben, da dort nur wenige Praxen den Eingriff durchführen.



04

Denn neben den Schwangeren selbst, sind auch Ärztinnen und Ärzte, die Abbrüche durchführen, von Stigmatisierung betroffen. 24% der Ärzt*innen gaben an schon einmal bedroht worden zu sein und jede*r zehnte wurde bereits angezeigt. Deutlich wird, dass die Gründe für einen Abbruch der Schwangerschaft so vielfältig sind wie die Lebenslagen der schwangeren Personen. Als Gründe werden krisenhafte Partnerschaften, eine angespannte finanzielle Situation und Arbeitslosigkeit angegeben.





Der ehemalige Gesundheitsminister Jens Spahn ordnete die Durchführung der Studie an, um zu untersuchen, ob Schwangere nach einem Abbruch bleibende psychische Schäden davontragen. Das Ergebnis der Studie zeigt, dass ein Jahr nach einem Abbruch, dieser keine Rolle mehr im Leben der betroffenen Person spielt. Die Studie ist ein wichtiges Dokument im Kampf für die Rechte von ungewollt Schwangeren.





Denn die Debatte um die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs hat sich in den letzten Tagen wieder verstärkt, da sich die von der Bundesregierung entsandte Kommission zur Regelung des Abbruchs außerhalb des Strafgesetzbuches für eine Entkriminalisierung ausspricht.

Die Bundesregierung scheint auf ein anderes Ergebnis gehofft zu haben und die Anspannung aufgrund der bevorstehenden Auseinandersetzung mit dem Thema ist spürbar.



07



Die endgültigen Ergebnisse der ELSA-Studie werden im Oktober an die Bundesregierung übergeben und dann auch für die breitere Öffentlichkeit einsehbar sein. Wir fordern die Ampel-Regierung jedoch schon jetzt dazu auf sowohl den Vorschlägen der Kommission als auch den Ergebnissen zu Situation ungewollt Schwangerer Aufmerksamkeit zu schenken und die notwendigen Maßnahmen für einen legalen, einfachen und fairen Zugang zu Abbrüchen zu gewährleisten.

